

22./II. 1916

Abgeordnetenhaus.

92. Sitzung, Montag, 21. Februar. (Fortsetzung.)

Die zweite Lesung des Etats wird fortgesetzt mit der Besprechung von

Handel und Selbstverkehr.

Abg. Frhr. v. Jedlitz (frl.): Die Anregung auf Erweiterung des bargeldlosen Scheckverkehrs, die Abg. Defer in seiner gehaltvollen Rede gegeben hat, ist sehr nützlich. Möge der Minister auf die Behörden, die gern etwas zu sehr am Alten hängen, entsprechend einwirken. Die Privaten werden dann schon folgen. Unsere Ausfuhr müssen wir nach Möglichkeit zu stärken suchen. Dann können wir auch einführen, ohne befürchten zu müssen, daß unsere Baluta sich weiter verschlechtert. Die sog. Kriegsgesellschaften müssen auf die Einfuhr naturgemäß lähmend wirken. Der Erwerbssinn ist nun einmal ein ganz anderer Antrieb, als es die Gemeinnützigkeit einer Zentraleinkaufsgesellschaft sein kann. Die Behörden können schon glauben, daß unnütze Dinge jetzt bei der schlechten Baluta nicht eingeführt werden. Die Erweiterung unserer Ausfuhr nach den Neutralen liegt auch im Interesse der Aufrechterhaltung unseres Handels. Diesern wir nicht, dann liefern unsere Feinde, und zwar nur gegen langfristige Verträge. (Hört! hört!) Deshalb ist die heutige schleppende Art der Erteilung von Ausfuhrerlaubnissen höchst bedauerlich. England hat jetzt seine Maste fallen lassen und die Vernichtung des deutschen Handels als sein eigentliches Kriegsziel bezeichnet. Daher müssen wir alles tun, um diesen Handelskrieg durchzuführen. (Beifall.) Wenn wir ihn führen mit einem in sich gefestigten Mitteleuropa als einer geschlossenen Pflanz, so wäre das hocherfreulich. Aber dieses Problem kann nicht nach Art Naumannscher Stimmungsbilder (Sehr richtig! rechts.) gelöst werden, sondern nur unter Anwendung größter Vorsicht und mit nüchternem Klarheit. Die Dinge sind äußerst schwierig. Sie müssen von einem wirklichen Staatsmann, einem diplomatischen Künstler gelöst werden, denn viele Köpfe verderben den Brei. Natürlich muß die Verständigung bei Friedensschluß erfolgen, später wird sie überhaupt nicht mehr gemacht werden können. (Sehr richtig!) Es wird dann auch geprüft werden müssen, ob der Verzicht auf Kriegsschadigungen nicht vorzuziehen wäre einem Verzicht auf weitgehende Sicherungen für unseren Handel. Auch zur siegreichen Durchführung des Handels- und Wirtschaftskrieges bedarf es des Zusammenwirkens aller Volksschichten. (Beifall.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Abg. Rippmann (Dpt.) führt als Berichterstatter in seinem Schlußwort aus: Bei der Kritik der großen Monopolgesellschaften habe ich erwähnt, daß die Gersteverwertungsgesellschaft die Gerste mit einem Nutzen von 18 M. für den Doppelzentner weiterverkauft. Ich habe mich dabei gestützt auf den Bericht, den Graf Westarp im Reichstag über Ernährungstragen erstattet hat. Nun wird mir mitgeteilt, daß die Gesellschaft keine Erwerbsgesellschaft ist und daß ein sich am Jahreschluß ergebender Ueberschuß nach einem Abzug von 5 v. H. den kontingentierten Betrieben im Verhältnis ihrer Gerstenbezüge überwiesen wurde. Also trifft auf die Gersteverwertungsgesellschaft zu, daß sie ihre Ueberschüsse an die Konsumenten wieder abführt man kann ihr also nicht vorwerfen, daß sie auf Kosten der Konsumenten Gewinne macht. Ihre inländische Gerste soll sie außerdem nicht mit 18 M. pro Doppelzentner, sondern mit 18 M. pro Tonne weiterverkaufen, also ein großer Unterschied. Andererseits aber soll die Zentraleinkaufsgesellschaft die ausländische Gerste allerdings mit einem Nutzen von 18 M. weiterverkaufen und demgegenüber bleibt alles bestehen, was ich gesagt habe. Wenn Frhr. v. Jedlitz gesagt hat, die Kommission habe sich mit den Verhältnissen des Kleinhandels weniger beschäftigt, weil sie ihr Augenmerk auf den Außenhandel gerichtet habe, so ist das nicht ganz richtig. Die Kommission hat sich vielmehr sehr eingehend mit dem Kleinhandel beschäftigt und auch einen Beschluß zugunsten des Kleinhandels gefaßt. Die Gemeindebehörden sollen danach den Kleinhandel in jeder Beziehung unterstützen, es sollen Kleinhandelsverbände gegründet werden, und mit ihnen zusammen sollen die Gemeindebehörden den Nahrungsmittelhandel betreiben. Ueber die Not des Kleinhandels besteht ja keine Meinungsverschiedenheit, auch darüber nicht, daß diese Not gelindert werden muß. Wir können daher den Zentrumsantrag auf größere Vertretung der Kleinhandler in den Preisprüfungsstellen unbedingt annehmen. Die Militärverwaltung hat ihrerseits dem Kleinhandel eine solche Vertretung bereits eingeräumt, und wir sollten diesem Entgegenkommen der Militärverwaltung nachsehen. Die Regelung braucht nicht nach der Schablone zu erfolgen. Die Einwände des Ministers sind von den Antragstellern schon dadurch berücksichtigt worden, daß eine Beteiligung der Kleinhandler nur „in der Regel“ erfolgen soll. Wenn

die Produzenten und Großhändler in den Preisprüfungsstellen sitzen, so ist das auch für die Kleinhandler unendlich wichtig. Werden sie doch gerade von den Folgen der Preisfestsetzung aufs tiefste getroffen, und in den Augen des Publikums lastet gerade auf ihnen jede Verantwortung für eine Preiserhöhung. Auch die Festsetzung von Höchstpreisen müßte möglichst gleichzeitig für Groß- und Kleinhandel erfolgen, und auch insofern empfehle ich den Antrag des Zentrums zur Annahme.

Wenn man die Auseinandersetzungen über die Frage, wie Groß- und Kleinhandel sich in den Gewinn teilen sollen, dem Großhandel einerseits und dem Kleinhandel andererseits überläßt, so wird die wirtschaftlich stärkere Kraft, also der Großhandel, sich natürlich den größeren Anteil am Gewinn sichern und der Kleinhandel wird das Interesse am Handel überhaupt verlieren, weil er nicht auf seine Kosten kommt. Davon wird wiederum das Publikum betroffen werden, weil es keine Ware bekommt. Der Ministerialdirektor hat gesagt, eine gleichzeitige Preisfestsetzung könne nicht erfolgen. Wenn sich Mißstände ergäben, würde schon die Regierung dazwischenfahren. Deshalb sollen aber schlechte Verhältnisse erst überhaupt eintreten. Großhandel und Kleinhandel sollten sich von vornherein auf angemessene Preise einigen. Gegen die Kommissionsbeschlüsse hat kein Redner Widerspruch erhoben. Das Haus ist also mit seiner Kommission einstimmig der Ansicht, daß bei der Organisation der großen Gesellschaften noch Änderungen zugunsten des Kaufmannsstandes erforderlich sind, daß Import und die sogenannten Kompensationsgeschäfte dem Handel wieder freigegeben werden können und daß der Handel nach dem Frieden in alle seine Rechte wieder einzufinden ist. Unser Heer und unsere tapfere Marine werden nicht nur unsere Grenzen für Gegenwart und Zukunft sichern, sie werden auch dafür sorgen, daß die Welt dem Lächeln frei bleibt, und wir wollen hoffen, daß dann der Lächeltag der Deutsche sein möge. (Leb! Weif.)

Der Antrag Dr. Porsch u. Genossen (Zentr.) wird angenommen, ebenso die Resolutionen der Kommission.

Es folgt die Besprechung über

die Lage des Handwerks.

Abg. Boenisch (Str.) gibt den Bericht der Haushaltskommission. Die Kommission beantragt in einer Entschleunigung, daß die als Kriegsverletzte aus dem Kriege zurückkehrenden Handwerker zunächst der produktiven Tätigkeit erhalten bleiben, daß schon während des Krieges für genügenden Lehrlingsersatz gesorgt, die Gründung von Lieferungsverbänden im Handwerk gefördert, daß bei Vergebung öffentlicher Arbeiten das Handwerk mehr berücksichtigt und daß endlich die Schaffung vermehrter Arbeitsgelegenheit zur Wiedereröffnung der stillgelegten Handwerksbetriebe mit allen Mitteln erstrebt wird.

Ein Antrag Dr. Porsch u. Gen. (Str.) will die von der Kommission beantragte Fürsorge für kriegsbeschädigte Handwerker ausdehnen auch auf „andere Mitglieder des Gewerbestandes“, ein Antrag Braun (Soz.) u. Gen. auch auf Arbeiter.

Handelsminister Sydow: Die Regierung stimmt allen vorliegenden Anträgen zu. Es sind bereits in 7 Provinzen unter Gewährung erheblicher staatlicher Zuschüsse Hilfsklassen gegründet worden, aus denen selbständige Handwerker in weitgehendem Maße unterstützt werden. Auch für die kriegsinvaliden Handwerker wird schon jetzt gesorgt, um sie ihrem Beruf wieder zuzuführen. Die Berufsberatung beginnt bereits in den Lazareten. Die Kriegsinvaliden sollen möglichst in ihrer Heimat und in ihrem Beruf angestellt werden. Handwerker vom Lande werden der Landwirtschaft zugeführt. Gewant wird überall vor der Uebernahme reiner Schreiberposten. Immer herrscht das Bestreben vor, angesichts des unleugbaren Mangels an Handwerkern sie schon jetzt während des Krieges in das Handwerk einzuführen. Für die Schwerverletzten sind besondere Kurse für Feinmechanik eingerichtet worden. Es ist also die Erwartung berechtigt, daß die Handels- und Gewerbeverwaltung alles tut, was in ihren Kräften steht. Die Lehrlingsfrage freilich ist schwer zu lösen. Es fehlen die Ausbildungsträfte, und die jungen Leute verdienen jetzt anderswo so viel, daß sie vielfach der Lehre entlaufen. Wir werden der Frage unsere größte Aufmerksamkeit schenken. (Bravo!)

Abg. Hammer (konf.): Man sollte die jetzige Zeit, wo sich Lieferungsverbände und Handwerker-genossenschaften als unbedingt notwendig erweisen, dazu bemühen, diese segensreichen Einrichtungen überall ins Leben zu rufen und sie in den Frieden mit hinüberzunehmen. An der Spitze dieser Verbände und Genossenschaften müssen kaufmännisch und technisch geschulte Kräfte stehen. Einzelnen Handwerkszweigen ging und geht es gewiß gut, aber andere Zweige liegen stark darnieder. Ueber jedes Lob erhaben ist die Tätigkeit der Handwerkerfrauen, die an die Stelle ihres eingezogenen Mannes getreten sind, die Werkstatt aufrecht erhalten und Uebermenschliches leisten. (Beifall.) Das wohlhabende Privatpublikum sollte auch während des Krieges an einem bescheidenen Luxus festhalten, damit